

Pro & Contra

Bürokratieabbau auf allen staatlichen und kommunalen Ebenen ist dringend erforderlich, um die Entwicklung unseres Landes voranzubringen

Pro

Deutschland befindet sich inmitten einer riesigen Transformation. Klima- und Digitalisierungsziele, Wohnungsbau, Migration, aber auch Bildung und Fachkräfteentwicklung – all unsere Herausforderungen haben einen maßgeblichen gemeinsamen Hebel: Um als Industrie- und Wirtschaftsstandort wieder an Stärke zu gewinnen und unseren gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, braucht es deutlich weniger Bürokratie und mehr Tempo.



Volker Müller, © UVN

Angefangen mit sich doppelnden Vorschriften aus der EU, dem Bund und den Bundesländern wie beim Lieferkettengesetz, über nicht zeitgemäße Umweltauflagen und eine wachsende Abgabenlast bis hin zu einem Wildwuchs an Formularen und Nachweispflichten – laut Bericht des Normenkontrollrates ist die Belastung von Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung nur durch Bundesrecht von Juli 2022 bis Juni 2023 um weitere rund 54 Prozent gestiegen. Und allein die durch die Steuergesetzgebung verursachte Bürokratie ist laut IW Köln für knapp 45 Prozent der gesamten Bürokratiekosten von Unternehmen verantwortlich.

Hinzu kommen veraltete Verfahrensweisen, die Prozesse verkomplizieren und deutlich in die Länge ziehen. Die entsprechenden Gesetze zur Digitalisierung der Verwaltung haben ihre politisch gesetzten Ziele weit verfehlt. Immer noch müssen für die meisten Anträge und Vorgänge von Unternehmen dutzende von Aktenordnern an Nachweisen per Papier und mehrfach bei verschiedenen Stellen innerhalb der Verwaltung eingereicht werden. Die gewünschte Deutschlandgeschwindigkeit, wie wir sie beim Bau des LNG-Terminals in Wilhelmshaven erlebt haben, ist weiterhin nur eine Ausnahmeerscheinung.

Fest steht, die Bürokratie durch EU, Bund, Bundesländer und Kommunen bremst die Transformation, erstickt unser Wirtschaftswachstum und schreckt Investoren ab. Dabei braucht Deutschland gerade jetzt deutlich mehr private

und öffentliche Investitionen, um seine Transformationsziele zu erreichen und die Wirtschaft anzukurbeln.

Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV), Wachstumschancengesetz, Onlinezugangsgesetz und E-Government-Gesetz auf Bundesebene sowie die niedersächsische Clearingstelle versprechen einen dringend notwendigen Bürokratieabbau – nun muss aber auch endlich die ernsthafte Umsetzung folgen.

Dr. Volker Müller
Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände
Niedersachsen e. V. (UVN).

Contra



Axel Priebs, © ARL/
Joyce Gosemann

Kann man gegen Bürokratieabbau sein? Da möchte ich erst einmal genau wissen, was abgebaut werden soll. Vor einiger Zeit wurde es als Sieg über die Bürokratie gefeiert, dass »Kleinstgaststätten« keine Gästetoiletten mehr vorhalten müssen. Eltern kleiner Kinder oder Radtouristen, die in einer Bäckerei mit Kaffeeausschank keine Toilette mehr vorfanden, fanden diese heroische Tat nicht ganz so toll. Aber manche Rufe nach Bürokratieabbau hören sich für mich so an, als werde die Welt mit jeder abgeschafften Rechtsvorschrift besser. Kein posi-

tives Wort darüber, dass klare Regeln auch Rechtssicherheit schaffen, was den Standort Deutschland international durchaus attraktiv macht. Auch nicht darüber, dass eine funktionierende Verwaltung eine notwendige Infrastruktur ist, um Chaos und Willkür abzuwehren. Das sieht man in vielen Staaten, in denen die Verwaltung nicht funktioniert und korrupt ist. Oft wird behauptet, dass die Menschen vernünftig seien und wir nicht so viele Vorschriften bräuchten. Passt das zu den Medienberichten, dass nach den pragmatisch angelegten Corona-Hilfen in rund 12.000 Fällen wegen Betrugsverdachts ermittelt wurde?

Aber vielleicht sind wir uns ja sogar einig, dass wir eine gute Verwaltung mit klaren Regeln brauchen. Dann bin ich sofort dabei, über die Dinge zu reden, die Menschen und Unternehmen im Kontakt mit Behörden wirklich nerven – unverständliche Formulare, willkürlich komponierte Textbausteine in Behördenbriefen und fehlende Erklärungen, warum eine Statistik oder eine Vorschrift erforderlich ist. Und natürlich müssen wir darüber reden, warum die Digitalisierung so

schleppend umgesetzt wird. Muss jedes Bundesland und jede Kommune wirklich die Software individuell entwickeln? In den nordeuropäischen Staaten haben alle Menschen lebenslang eine Personenkennziffer für alle Kontakte mit öffentlichen Stellen – von der Bibliothek bis zur Steuererklärung. Wobei letztere eigentlich nur gegengezeichnet werden muss, weil das Finanzamt alle Daten schon hat. Und man müsste nicht alle Unterlagen mehrfach vorlegen. Vermutlich wird das in Deutschland wegen des tiefen Misstrauens gegen »den Staat« so nie gehen. Trotzdem müssen Bearbeitungszeiten gestrafft werden. Das geht aber nur mit Personal, das entweder weggespart wurde oder nicht gewonnen werden kann, wenn die öffentliche Verwaltung pauschal diffamiert wird. Deswegen ist ein konsequentes Arbeiten an den Defiziten der öffentlichen Verwaltung notwendig, auch eine ständige Überprüfung, welche Rechtsvorschriften erforderlich sind. Aber bitte mit der nötigen Differenzierung und Wertschätzung!

Prof. Dr. Axel Priebs

Geographisches Institut der Universität Kiel



© Volker Müller | Axel Priebs